



DER GRÖSSTE WUNSCH IN DIESEM JAHR...

Corona, klingt fast so harmlos wie ein italienischer Mädchename, hat das Jahr 2020 im viralem Würgegriff. Es dominiert unser aller Handeln. Die praktische Arbeit in den Basisgruppen, den Ortsverbänden, dem Kreisverband und auf den diversen parlamentarischen Ebenen ist bis heute geprägt von Themen und Diskussionen zur Krisenbewältigung. Vieles, was wir uns ursprünglich in die Arbeitspläne schrieben, konnten wir nicht erledigen. Und es war traurig, dass wir uns kaum sehen, umarmen oder auf die Schultern klopfen konnten. Corona hat uns gezeigt, wie angreifbar unsere Art zu leben ist. So wurde deutlich, was wirklich zählt, wer uns etwas bedeutet, warum wir etwas brauchen, was systemrelevant



*Wir danken Euch und Ihnen,
die sich mit uns gemeinsam in diesem schweren Jahr für die Themen,
Sorgen und Nöte der Menschen eingesetzt haben.*

*Mögen die Tage der Weihnacht und
des Jahreswechsels Ihnen allen
Besinnlichkeit und Frieden bringen.
Der Cottbuser Ortsvorstand*

ist. Dieser Virus wird die Gesellschaft in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren vor große sozial-politische Aufgaben stellen. Das wissen wir und kämpfen jeden Tag für die nötige Transparenz. Wir werden aus den Beobachtungen die notwendigen Schlüsse ziehen. Zum Glück haben wir schnell gelernt, die neuen technischen Möglichkeiten zu nutzen. Wir haben uns vernetzt, neu organisiert, sind experimentelle Wege gegangen. Das können wir gut gebrauchen, wenn wir uns auf den Weg ins neue Jahr machen. Auf einen solidarischen und kämpferischen Kurs. Leider ist Corona kein harmloser Mädchename, sondern eine knallharte Herausforderung. In diesem Sinne Auf eine starke LINKE 2021!

BLEIBEN SIE GESUND!!!

Nicht kopflos, sondern **solidarisch** durch die Krise!

Seit dem 16.12. ist das Leben „runtergefahren“. Zu den neuen Corona-Maßnahmen erklären die Vorsitzenden der LINKEN im Landtag, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter (Foto):

Der verkündete Lockdown ist ein richtiger Schritt, um Menschen zu schützen. Die Verantwortung darf aber nicht einseitig ins Private abgeschoben werden. Ein solidarischer Lockdown muss möglich sein. Niemand darf in der Pandemie und durch einen zweiten Lockdown in existentielle Not gestürzt werden. Deshalb kommt es jetzt darauf an, dass die Landesregierung klare Entscheidungen trifft und die eigene Verantwortung wahrnimmt. Wir haben keine Zeit mehr, immer wieder auf den Bund zu warten.

Die Brandenburger Landesregierung muss dafür jetzt die Weichen stellen und mit dem Parlament beraten:

- Die **Notbetreuung** in Kitas, Schulen und Horten muss ab sofort abgesichert werden.
- Das reine Aussetzen der **Präsenzpflicht** ist keine klare und sichere Regelung. Kopflos in die Weihnachtsferien starten – mit schwammigen Aussagen – hilft weder Eltern noch



dem pädagogischen Personal.

- **Verdienstaufschlag** für Eltern, die jetzt zu Hause bleiben müssen, ist abzusichern. Hier muss das Land Brandenburg schnell eigene finanzielle Entschädigungsregelungen treffen.
- Für Menschen mit niedrigen Löhnen bedeutet der Bezug des Kurzarbeitergeldes, dass laufende existenzielle Ausgaben kaum gedeckt werden können. Deshalb muss das **Kurzarbeitergeld** schnell auf 90 Prozent erhöht werden.
- Wir brauchen in Brandenburg endlich eigene Unterstützungsprogramme für Klein- und Kleinstunternehmen im Land. Für viele Unternehmerinnen und Unternehmer bleibt auch mit der Überbrückungshilfe 3 nur Hartz IV. Des-

halb muss das Land jetzt einen **Unternehmerlohn** von 1180 Euro im Monat einführen.

- Gerade jetzt ist eine Ausweitung der Teststrategie auf Pflege- und Altenheime und Krankenhäuser dringend angezeigt. Die Ausstattung mit **Schutzrüstungen** muss überall abgesichert sein. Die Menschen, die jetzt noch arbeiten gehen und uns alle schützen, müssen selbst mit allen Mitteln geschützt werden.
- Alles in allem fehlt eine **Perspektive**, was nach dem 10. Januar passieren soll. Die nächsten Wochen müssen dazu genutzt werden, eine langfristige Strategie im Umgang mit dem Corona-Virus zu erarbeiten. Alle Anstrengungen werden vergebens sein, wenn wir im

Januar zum Beispiel die öffentlichen Einrichtungen nicht mit wirksamen Luftfiltern ausgestattet und den Schülerverkehr nicht entzerrt haben.

Unsere Demokratie lebt von ihren Freiheitsrechten. Ein solidarischer Lockdown darf nicht zum Lockdown für die Demokratie werden. Die Parlamente müssen bei allen zentralen Entscheidungen, wie z.B. bei der Festlegung der Impfstrategie, einbezogen werden. Das grundgesetzlich verankerte Versammlungs- und Demonstrationsrecht darf gerade in der Krise nicht eingeschränkt werden. Außerparlamentarischer Protest sollte aber in dieser besonderen Situation die Verantwortlichkeit zeigen, nicht das gesundheitliche Gemeinwohl zu gefährden. red/pmPicultum mo-

100 Kilometer Fahrt bis zum nächsten Arbeitsgericht?

Die Landesregierung will die Gerichte an vier Standorten zentrieren. Viel zu wenig für so ein großes Flächenland wie Brandenburg.



www.linksfraktion-brandenburg.de

Jusitz muss erreichbar bleiben

Die Landesregierung plant, die Arbeitsgerichte in Eberswalde und Potsdam und die Außenstelle in Senftenberg aufzugeben.

Die Kenia-Koalition will Gerichtsstandorte ohne Not aufgeben und die Arbeitsgerichtsbarkeit künftig in nur noch vier Städten konzentrieren – viel zu wenig für ein Flächenland von der Größe Brandenburgs.

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen Ver-

trauen in die Justiz, und das setzt Nähe voraus. Es entsteht nicht, wenn man für einen Termin am Arbeitsgericht 100 Kilometer weit fahren muss.

Wir lehnen den Rückzug von Gerichten aus der Fläche kategorisch ab und werden unsere Position bei den Beratungen im Landtag entschieden vertreten.

Marlen Block, justizpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag

Die Lausitz im Fokus, Cottbus im Herzen

Liebe Cottbuserinnen und Cottbuser,

es war ein sehr aufregendes Jahr – für uns alle und auch für mich persönlich. Gerade frisch in den Landtag gewählt, kam der Einarbeitungsphase nur wenig Raum zu. Mit Blick auf 2020 konnten wir dennoch viel erreichen und haben uns nun unter den erschwerten Bedingungen gut eingearbeitet.

Ende Januar eröffnete das neue Wahlkreisbüro in Cottbus. Auch unter Corona-Bedingungen war ich regelmäßig vor Ort.

Ich traf viele interessante Menschen und lernte einige Einrichtung kennen: das Frauenhaus, die Jugendvollzugsanstalt, die Verbraucherschutzzentrale, die örtlichen Verantwortlichen im Bereich Justiz und Polizei, Vereinsvertreter*innen aus dem zivilgesellschaftlichen Umfeld,

Träger der Kinder-, Jugend- und Migrationsarbeit, zum Beispiel bei der Jugendhilfe e.V. und Menschen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Dabei bin ich, die Potsdamerin, wirklich dankbar für die Einblicke in das Innenleben und die Gedankenwelt der Lausitzer Macher*innen. Ich konnte meinen Blick nachjustieren, den Fokus mit neuen Informationen stärker auf die Region und ihre Themen richten.

In der schwierigen Sommerzeit habe ich dann wohl auch einen Teil meines Herzen an die Stadt Cottbus verloren. Beindruckt vom Engagement, zum Beispiel am Großenhainer Bahnhof, den vielen Ideen und der Schöpferkraft der Menschen vor Ort, freue ich mich auf die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strukturwandel.

Derzeit toben im Landtag die Weichenstellungen für die Zukunft. Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Transparenz. Als Opposition haben wir dabei nicht immer gute Karten. Darum brauchen wir Ihre Unterstützung, Ihre Themen, Ihre Fragen. Scheuen Sie sich nicht, mit Ihrem Problem ins Wahlkreisbüro

zu gehen! Was immer es ist, wir können Anfragen stellen, auf kleinem Wege helfen, durch Gespräche unterstützen und vieles mehr.

Ich freue mich auf 2021 und auf viele weitere Begegnungen in Cottbus und Spree-Neiße.

Bleiben Sie gesund und rutschen Sie gut ins neue Jahr.

Ihre Marlen Block



Die Pandemie-Bekämpfung darf **nicht im Hinterzimmer** beschlossen werden, sondern braucht die **Miteinbeziehung** von **Parlament, Wissenschaft** und **Zivilgesellschaft!**

Marlen Block

Demokratie
... auch in Zeiten einer Pandemie!
heißt Debatte!

SPN - Kreistag: DIE LINKE im Parlament

Uns war bereits im Vorfeld bewusst, dass die Sitzung des Kreistages Spree-Neiße am 10.12.20 etwas Besonderes sein wird.

Es war die letzte Sitzung im alten Jahr, die mit der bedrückenden Situation um die Corona-Pandemie in unserem Landkreis und den damit im Einklang stehenden hohen Inzidenzzahlen, der Afrikanischen Schweinepest und der drohenden Vogelgrippe genügend negative Schlagzeilen bereit hielt.

Haushalt 2021

In Bezug auf den Inhalt der Sitzung möchte ich mich auf das Wesentliche beschränken. Wie in jedem Jahr spielte auch diesmal der Haushaltsplan 2021 eine besondere Rolle und damit verbunden die Höhe der Kreisumlage. Wir möchten als Fraktion der Verwaltung unseres Landkreises und insbesondere dem Finanzdezernenten, Herrn Billing, unseren Respekt entgegenbringen. Während der strukturelle Haushaltsausgleich im Jahr 2021 nicht erreicht wird, ist es durch die Inanspruchnahme von Ersatzdeckungsmitteln (Rücklagen) möglich, den gesetzlichen Haushaltsausgleich zu erzielen. Der Umlagesatz

Kreisumlage

der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2021 wurde von Seiten der Verwaltung mit 38,42 % so niedrig wie noch nie

vorgeschlagen. Nicht nur unsere Fraktion hat im Rahmen der Aussprache auf weitere Reserven für mögliche Einsparungen, so z.B. bei den Personalkosten aufmerksam gemacht. Zwar hat unser Vorschlag, die Kreisumlage auf 37,7% herabzusetzen keine Mehrheit gefunden, doch glauben wir, dass die kommunale Familie mit den kreisangehörigen Städten, Ämtern und Gemeinden mit der beschlossenen Kreisumlage von 37,99 % und diesem erreichten Kompromiss relativ gut leben kann.

GOST

Mit großer Mehrheit beauftragte der Kreistages - trotz der zu erwartenden erhöhten Baukosten - die Planungsleistungen zum Neubau der Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe (GOST) am Standort Kolkwitz.

Integrationsreisen

Gut zu wissen und wir sind stolz darauf, dass es mit nur einer Gegenstimme gelungen ist, unseren Antrag durchzubringen. Der Landrat ist aufgefordert, ab dem April die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kinder und Jugendliche des Landkreises mit und ohne Behinderung im Rahmen von Integrationsreisen in den Ferien gemeinsam verreisen können. Auch die dafür erforderlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000 € wurden per Beschluss des Kreistages bereits eingestellt.



Andreas Paul Mekelburg, Margit Neugebauer, Elke Franke, Doris Dressler, Torsten Richter, Diethelm Pagel (v.l.n.r.)

Resolution

Bereits im Vorfeld des Kreistages hatten wir als Fraktion angekündigt, dass wir eine Resolution einbringen werden, die das Land Brandenburg zur Übernahme einer gesellschaftsrechtlichen Beteiligung an der WRL-Wirtschaftsregion Lausitz auffordern soll.

Wenn wir auch zwischenzeitlich durch die Presseveröffentlichungen zu Kenntnis nehmen konnten, dass Brandenburgs Regierung die Blockade aufgibt, so war das der Mehrheit des Kreistages nicht deutlich genug. Alle Meinungsäußerungen, sowohl die des Ministerpräsidenten als auch die der Chefin der Staatskanzlei waren im Konjunktiv formuliert. Gut, dass der Kreistag Spree-Neiße ein deutliches politisches Signal nach Potsdam gesandt hat.

Nicht weniger spannend und emotionsgeladend wird die nächste Sitzung des Kreistages im Januar 2021.

Rettungsdienst

Schließlich geht es da um die Organisation der Durchführung des Rettungsdienstes im Landkreis Spree-Neiße für den Zeitraum 2023 bis 2027. Wir haben unsere Auffassung dazu bereits mehrfach öffentlich gemacht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese hoheitliche Aufgabe des Kreises künftig im Ergebnis einer Rekommunalisierung durch einen Eigenbetrieb des Landkreises realisiert wird.

Bis zu dieser Sitzung sind wir gut beraten innezuhalten, im Rahmen der Familie Kraft zu tanken und vor allem gesund zu bleiben bzw. schnell wieder gesund zu werden.

Wir wünschen Ihnen ein schönes Weihnachtsfest im Kreis Ihrer Familie und einen guten Rutsch in das neue Jahr 2021.

Diethelm Pagel
Fraktionsvorsitzender
Kreistag Spree-Neiße

Nominierung unter schweren Bedingungen

Auch wenn die Corona-Pandemie weiterhin unseren Alltag fest im Griff hat, so müssen wir uns trotzdem auf die bevorstehende Bundestagswahl am 26.09.2021 vorbereiten. Dazu gehören natürlich die Wahl einer Direktkandidatin bzw. eines Direktkandidaten sowie die Aufstellung unserer Landesliste. Da wir die weitere Entwicklung nicht absehen können, hat der Kreisvorstand

beschlossen, die Nominierungsveranstaltung an zwei verschiedenen Terminen einzuberufen.

Samstag, den 16. Januar 2021 und Samstag, den 23. Januar 2021, um 10:00 Uhr im großen Saal der Gemeinde Neuhausen Amtsweg 1, 03058 Neuhausen/Spree

Natürlich findet die Veranstaltung nur an einem

der beiden Tage statt. Der genaue Termin wird auf unserer Homepage www.dielinke-lausitz.de ab dem 10.01.2021 veröffentlicht.

Auch eine Absage der Veranstaltung können wir nicht ausschließen.

Für Rückfragen und Anmeldungen ist die Kreisgeschäftsstelle am **12.01.2021 von 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr** erreichbar.



Für die organisatorische Vorbereitung bitten wir erneut um **Anmeldung über loehr@dielinke-lausitz.de** oder am 12.01.2021 telefonisch. Für den Bundestag kandidiert Christian Görke, MdB und Finanzminister a.D.

AUS für Forster Geschäftsstelle - Entschuldigung bei Kindern und Jugendlichen wegen gescheitertem Jugendzentrum

Im Frühjahr 2020 sorgte die Forster Linken mit der AfD und dem Bürgerbündnis „Gemeinsam für Forst“ bei einer Pressekonferenz, einhellig nebeneinandersitzend, für Wirbel. Danach spitzte sich die Lage leider weiter zu. Es folgten viele Gespräche mit den Forster Genoss*innen, doch die Einsicht ob der Unvereinbarkeit der LINKEN-Beschlüsse mit Blick auf die AfD, stellte sich nicht ein. Bei einem Kreisparteitag im Juni verfehlte die angestrebte Auflösung des Forster Ortsverbandes knapp die 2/3 Mehrheit, die Forster Fraktion sollte sich umbenennen - tat es aber nicht. Im September folgte der Parteiausschluss des uneinsichtigen Fraktionsvorsitzenden Ingo Paeschke. Doch die Provokationen aus der kleinen Lausitz-Stadt hielten an. Ob die - trotz Untersagung - veröffentlichte Zeitung

„Malxeblatt“, die nicht-erfolgte Umbenennung der Fraktion, das beständige Ignorieren von Parteibeschlüssen... Zuletzt schockierte ein erneuter Antrag, wieder mit Stimmen der AfD und dem Bürgerbündnis, zur Einberufung einer Sondersitzung. Die Stadt soll nun die Kommunalaufsicht verklagen. Die hatte den Planungsstopp, den die Forster LINKE mit den Stimmen der AfD erzwang, wieder kassiert. Auch dazu gab es - wie bereits seit Monaten - eine überregionale Berichterstattung, die niemandem gut tut.

Der Kreisverband Lausitz, zu dem der Forster Ortsverband gehört, hat nun endgültig die Reißleine gezogen. Zum 31.01.2021 ist die alte Geschäftsstelle der Forster LINKEN gekündigt. Derzeit können Passanten eine große Entschuldigung lesen. Sie gilt den Kin-

dern und Jugendlichen, die wohl nun auf viele Jahre keinen neuen Treffpunkt erhalten. Sie gilt ebenso den Bürger*innen der Stadt, denn die genehmigten Fördergelder

müssen zurück- und einige Planungsleistungen bezahlt werden. Dennoch wird es weiterhin ein linkes Angebot geben. Derzeit laufen Verhandlungen für ein neues Büro.

WIR ENTSCULDIGEN UNS

...für das Agieren der ehemaligen Linksfraktion in der Forster Stadtverordnetenversammlung. Mit ihrem Handeln hat sie dazu beigetragen, die Sanierung des Jugendzentrums in der Gubener Straße zu stoppen. Das ist nicht LINKS.

Wir bedauern sehr den entstandenen Schaden und entschuldigen uns bei den Kindern und Jugendlichen, die nun noch lange Zeit ohne einen angemessenen Treffpunkt auskommen müssen.

Ihr Ziel hat die Fraktion, die sich jetzt „Unabhängig links“ nennt, auch im Bündnis mit der AfD verfolgt. Das ist nicht LINKS. Antifaschismus ist und bleibt Grundhaltung der LINKEN. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

DIE LINKE in Forst braucht einen Neustart!

DARAN ARBEITEN WIR.

DIE LINKE.
Kreisverband Lausitz

DIE LINKE.
BRANDENBURG

Corona, Haushalt, Pächterhöhung

Letzte SVV in 2020



Gedenken an die Opfer der Pandemie und Kritik an Maskenverweigerer

Die letzte Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2020 war eingangs von der Corona-Pandemie geprägt.

Oberbürgermeister Holger Kelch fand eindringliche Worte, um einerseits den Menschen zu gedenken, die bisher in der Pandemie den Tod fanden und andererseits auf ein gewichtiges Problem aufmerksam zu machen: Während viele Menschen ihren Beitrag zur Verhinderung der Virusausbreitung leisten, anderen Menschen helfen und praktische Solidarität leben, gibt es einige, denen Regeln, Schutz und Rücksichtnahme egal sind.

Angesichts der anhaltend hohen Infektionszahlen und der zunehmenden Überlastung der Krankenhäuser in unserer Region muss dieses ignorante und asoziale Verhalten scharf kritisiert werden – im öffentlichen Raum wie auch im privaten.

Schnelle Haushaltsberatungen

Ungewöhnlich lang mussten die Stadtverordneten in diesem Jahr auf den Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 warten. Erst Ende November wurde dieser vorgestellt. Pandemiebedingte Unwägbarkeiten und Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Ressorts in der Verwaltung sind als Gründe zu nennen. Umso erstaunlicher,

dass der schließlich vorgelegte Etat ohne nennenswerte Streichungen bei Investitionen oder den sozialen Aufgaben der Stadt auskam. So war es möglich, nach jeweils nur einer Beratung in den Fachausschüssen den Haushalt pünktlich im Dezember zu beschließen.

LINKE spricht sich gegen Pächterhöhungen aus

Im Rahmen der Haushaltsdebatte führte ein Thema dennoch zu regen Diskussionen – auch im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung in den Medien ausgetragen. In der Vorweihnachtszeit haben Cottbuserinnen und Cottbuser, die einen Garten oder eine Garage auf städtischem Grund gepachtet haben, eine deftige Erhöhung in ihren Briefkästen vorgefun-

den. Auch wenn das Ziel der Verwaltung, nach zwanzig Jahren ohne Erhöhung eine marktübliche Höhe der Pachten zu erreichen, nachvollziehbar ist, führt dies in vielen Fällen zu einer Verdreifachung der Kosten.

Die Linksfraktion wollte hier mit einem Antrag Abhilfe schaffen: Gefordert wurde, die Erhöhungen für 2021 und 2022 auf maximal 50% zu begrenzen und anschließend die weitere Entwicklung zu evaluieren. So sind auch die betroffenen Einzelgärten ein wichtiger sozialer und ökologischer Faktor in unserer Stadt. Auch wenn einige Kommunalpolitiker die Berichterstattung zu diesem Thema für ihre Profilierung genutzt haben, war es doch spannend, dass keine andere Fraktion dem Antrag zugestimmt hat und er folglich scheiterte.

Von der AfD-Fraktion

Achtung



Vom 21.12.2020 bis 04.01.2021 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen. Bestellungen für Corona-Einkäufe bitte unter cottbus@dielinke-lausitz.de



Unter Corona-Bedingungen tagt die SVV in der Stadthalle

Foto: Stadt Cottbus

stand ein Antrag zur Prüfung von sogenannten Baumpatenschaften auf der Tagesordnung.

Versuch der AfD-Normalisierung setzt sich fort

Einerseits gab es, unter anderem in der Dezember-Sitzung des Umweltausschusses, inhaltliche Kritik an diesem Vorhaben. So ist die Grünpflege schließlich in erster Linie eine öffentliche Aufgabe. Andererseits

ist auch dies wieder ein Versuch der Rechtsextremisten, sich als „normale“ themenorientierte Partei aus der gesellschaftlichen Mitte zu inszenieren. Dieses Mittel ist für sie nur dann erfolgreich, wenn sie für ihre Vorschläge Unterstützung bei anderen politischen Kräften findet.

So ist es erschreckend, dass neben den ehemaligen AfD-Abgeordneten auch die Fraktionen CDU und AUB/SUB geschlossen dem Antrag zustimmten

und ihm somit zu einer Mehrheit verhalfen.

Für DIE LINKE bleibt klar: Der Kampf gegen den Faschismus findet auch in den Parlamenten statt. Die Linksfraktion wird solchen Anträgen niemals ihre Zustimmung geben und in ihrem Einsatz für eine offene, demokratische Gesellschaft glaubhaft bleiben.

In Ihrer letzten Fraktionssitzung im alten Jahr haben die Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner*innen der LINKEN bereits

erste Initiativen für die Zeit nach dem Jahreswechsel vereinbart.

Linksfraktion bereitet erste Schwerpunkte für das neue Jahr vor

So sind Anträge zur Rückkehr des Carl-Thiem-Klinikums in den TVöD sowie zum Beitritt der Stadt Cottbus/Chóšebuz zur Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ in geplant.

Selbstverständlich wird darüber in zukünftigen Ausgaben des „Linksblick“ berichtet.

Darüber hinaus ist für Januar eine Klausurtagung angedacht, in welcher die politischen Schwerpunkte für 2021 vorbereitet werden.

Angesichts der epidemiologischen Lage ist noch unklar, auf welchem Wege diese Beratungen stattfinden werden. Sicher aber ist: Auch 2021 wird ein arbeitsreiches Jahr für die Cottbuser Kommunalpolitik.

Timurgeschichten in Coronazeiten

Im letzten Linksblick.light informierten wir über die Sorgen der Tafel, der Bahnmissionsmission und der einkommenslosen ausländischen Studierenden wegen der coronabedingten Einbrüche bei den Hilfsangeboten. Erfreute Nachricht erreichte uns über das Sprechcafe: die Caritas konnte 11 Studenten Lebensmittelgutscheine übergeben, weil Spenden seit unserem Aufruf eingegangen waren! Danke und bitte, wenn möglich, weiter spenden #Spendenengel gemeinsamer Aufruf der demokratischen Parteien der Stadt, denn es kommen noch etliche schwierige Tage.

Da auch die Deutschkurse für Zugewanderte im Lockdown sind, findet das Sprechcafe online statt oder die SprecherInnen treffen sich zu zweit, dritt, privat. Lustige Einladung eines kurdischen Paares zum Tee: „Hallo,..., meine Frau, kommen Sie nicht voll, um etwas für den Tee vorzubereiten“

Coronahilfe/Timurtelefonzentrale Tel.: 0355 22440, immer dienstags und donnerstags
Bitte beachtet geänderte Zeiten vom 21.12.2020 bis 04.01.2021!

Cottbuser Weihnachtsgeschichte(n)

Stell Dir vor, es ist Weihnachten und der Kühlschrank ist leer!
Leider geht es in unserer Stadt vielen Menschen so. Darum haben wir uns zusammengeschlossen und rufen in diesem besonderen Jahr unsere Mitglieder und alle warmherzigen Cottbuser*innen auf, mit einer Spende zu helfen.

Eine Aktion von CDU, DIE LINKE, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & Unser Cottbus

Die CARITAS

unterstützt ausländische Student*innen mit Lebensmittel- und Drogeriegutscheinen, die derzeit kein Einkommen haben.

Spendenkonto

IBAN DE93 1805 0000 3302 108841

Die Stadtmission Cottbus

hilft Obdachlosen und Menschen in besonders schwierigen Lebenssituationen. Die "Kältehilfe" ist im Winter an Sonn- und Feiertagen geöffnet.

Spendenkonto

IBAN DE55 1804 0000 0157 0035 00

DIE TAFEL COTTBUS

unterstützt Menschen, deren Einkommen eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln nicht gewährleistet.

Spendenkonto

IBAN DE28 1805 00003610 9004 90

 *Kennwort: #SpendenengelCB* 

Solidarisch ins neue Jahr

Eine schöne Geste gab es während der vergangenen Stadtverordnetenversammlung. Gleich 520 € kamen für DIE TAFEL zusammen, als sich die Ab-

geordneten an der parteiübergreifenden Spendenaktion „SpendenEngelCB“ beteiligten. Der diesjährige Aufruf wurde initiiert, da durch Corona we-

der caritative Aktionen noch vorweihnachtliche Veranstaltungen möglich sind. Auch Sie können weiterhin an ein Projekt Ihres Herzens spenden. Danke.



Willkommen 2021!

*So ist das Leben
und so muss man es nehmen,
tapfer, unverzagt und lächelnd
– trotz alledem.*

Rosa Luxemburg

Wir wünschen Ihnen einen guten Rutsch!

Impressum Herausgeber DIE LINKE. Lausitz Ortsvorstand Cottbus, 03046 Cottbus, Ostrower Straße 3, Telefon: (0355) 22 44 0
Vi.S.d.P. Christopher Neumann / Redaktion: Ch. Neumann, C. Meißner / Lay.Satz: wortreich.de, Cornelia Meißner
E-Mail: linksblick@dielinke-lausitz.de / Homepage: www.dielinke-lausitz.de

DER NÄCHSTE LINKS.BLICK ERSCHEINT AM 15.01.2021!